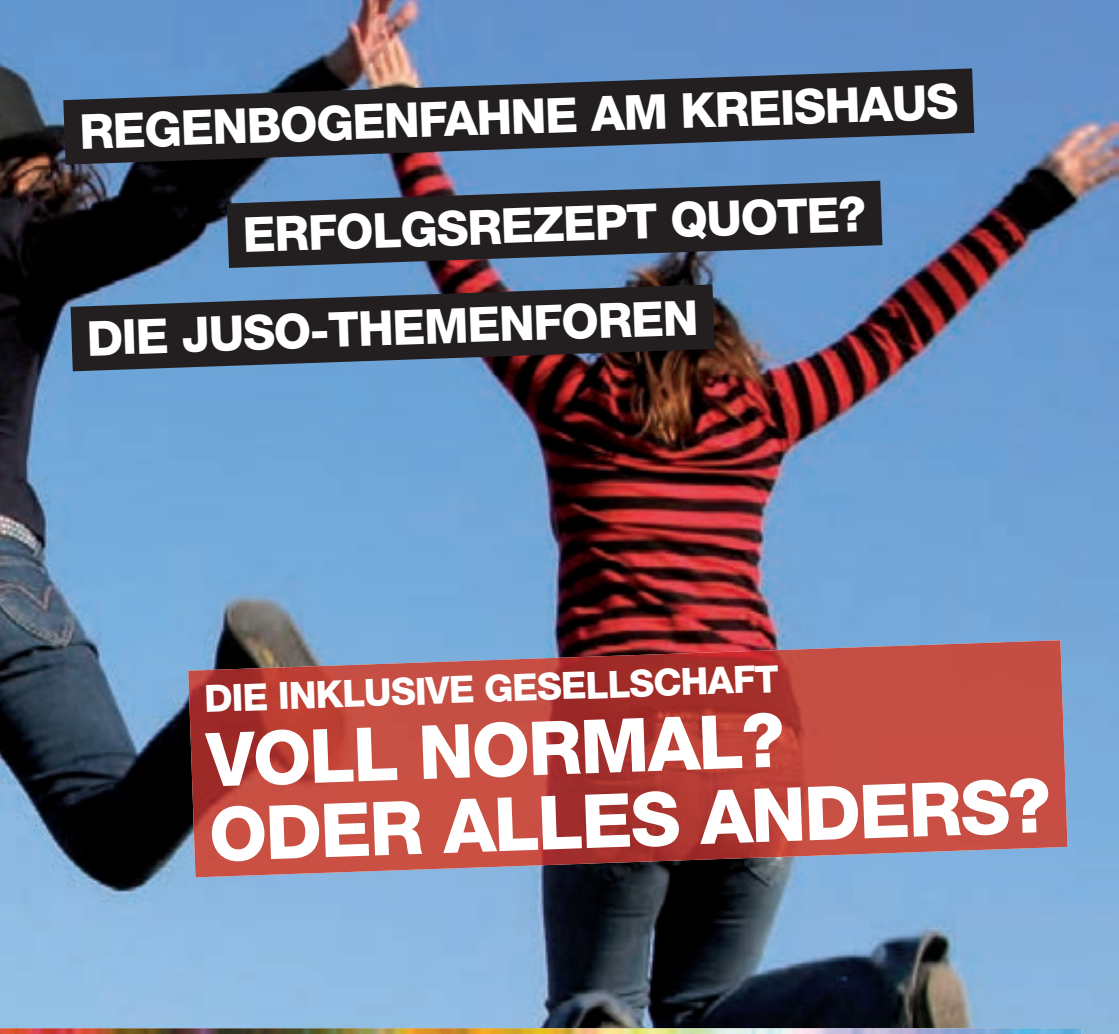


REGENBOGENFAHNE AM KREISHAUS

ERFOLGSREZEPT QUOTE?

DIE JUSO-THEMENFOREN

DIE INKLUSIVE GESELLSCHAFT

# VOLL NORMAL? ODER ALLES ANDERS?

3

Das politische Magazin der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Rhein-Sieg-Kreis

# RHEIN-SIEG-BÜHNE

www.jusos-rhein-sieg.de

Jusos im Rhein-Sieg-Kreis

# VORWORT

## Liebe Jusos, liebe Freundinnen und Freunde,

wir hatten seit der letzten Ausgabe einen guten Kreisparteitag, bei dem wir uns gut verkauft haben und viele gelungene Aktionen, Veranstaltungen und politische Initiativen. Für all das möchte ich euch herzlich danken! Auch in diesem Jahr bringen wir uns auf dem Kreisparteitag mit einem Antrag ein und erarbeiten parallel in Themen-Foren die Ziele für die Kommunalwahlen 2014. Dabei werden die inhaltlichen Grundlagen für den Kommunalwahlkampf geschaffen, damit auch verstärkt junge Kandidaten*innen in den kommunalen Räten und im Kreistag vertreten sind und dort jungsozialistische Politik gestalten können. Die Weichen hierfür müssen frühzeitig gestellt werden. Nur so können wir viele wichtige politische Inhalte auf den Weg bringen. Zumindest ist klar, dass wir Rhein-Sieg-Jusos auf allen politischen Feldern aktiv und ernst zu nehmen sind sowie immer als Gesprächspartner*innen mitgedacht werden müssen.

Es gibt dennoch weiterhin viel zu tun und leider können wir nicht darauf vertrauen, dass die Partei das alleine schafft. Wir müssen weiterhin das Sprachrohr der jungen Menschen sein und unsere Mutterpartei unterstützen, aber auch treiben, wo es nötig ist.

In der vorliegenden Ausgabe der Rhein-Sieg-Bühne berichten wir über die wichtigsten Aktionen und Neuigkeiten aus den einzelnen Juso-Arbeitsgemeinschaften und die Arbeit des Juso-Kreisverbandes.

**Nun viel Spaß beim Lesen!**

Sozialistische Grüße
Eure

Sara Zorlu
Juso Kreisvorsitzende

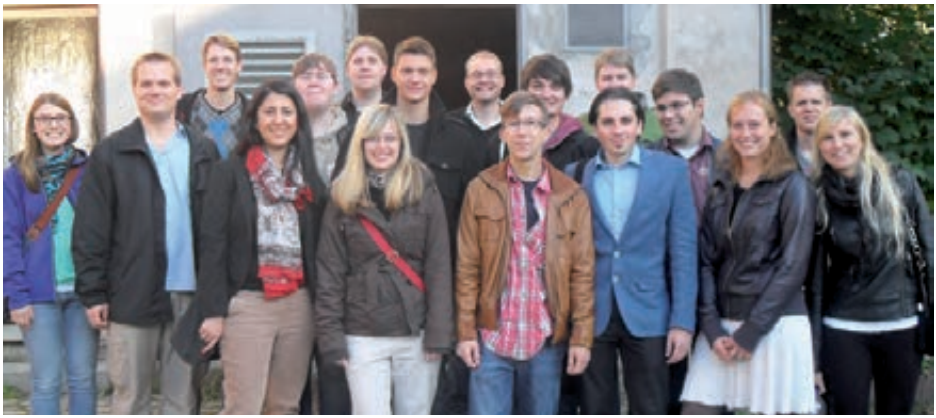
# INHALT


| | |
|---|---|
| Juso-Bildungsfahrt nach Bamberg | 2 |
| Themen-Foren zur Kommunalwahl 2014 | 5 |
| Erfolgsrezept Quote? | 6 |
| Aus den Arbeitsgemeinschaften | 9 |
| Unser Ziel: Mobilität für alle! | 11 |
| Workers Youth Festival in Dortmund | 13 |
| Antrag der Jusos Rhein-Sieg im Landtag | 15 |
| Gemeinsam über das Thema Rente diskutiert | 17 |
| Zeichen der Toleranz und Vielfalt | 18 |
| Fotoalbum | 19 |
| Die inklusive Gesellschaft | 21 |
| „Dem Dreck ist doch egal, ob katholisch oder evangelisch“ | 27 |


# JUSO-BILDUNGSFAHRT NACH BAMBERG

## Politische Diskussionen in Bayern

Vom 28.09. bis 30.09.2012 sind Jusos aus dem Rhein- Sieg Kreis auf einer Bildungsfahrt in Bamberg und Umgebung unterwegs gewesen. Mit dieser kleinen Zusammenfassung wollen wir euch einen Einblick verschaffen und Lust auf die nächste Fahrt machen.



Nach der unterhaltsamen Busfahrt wurden wir von einer Delegation der Jusos Bamberg nett und offen vor den Katakomben Bambergs empfangen. Anschließend ging es erst einmal unter die Erde. Die Führung durch die unterirdischen Gemäuer gab uns Einblicke in die historische Bierherstellung und –lagerung, sowie zugleich die geschichtlichen Hintergründe über die NS-Zwangsarbeit in Kriegszeiten, die von namenhaften deutschen Firmen im Bamberger Untergrund trotz der Kriegswirren fortgeführt wurden. Noch heute zeugen die alten Maschinen von den Bedingungen, unter denen die Menschen dort arbeiten mussten. Vor einem „typisch" bayerischen Abendessen wurde uns noch eine Brauerei gezeigt und die Arbeitsabläufe erklärt. Wir ließen es uns natürlich nicht nehmen, auch das „Nachtleben" von Bamberg zu erkunden, begleitet durch die Jusos Bamberg.

Am zweiten Tag hat uns Jonas Merzbacher, Bürgermeister der Gemeinde Gundelsheim und damit einer der jüngsten in Deutschland, dargelegt, was die Aufgaben eines Bürgermeisters sind und uns aus seiner Sicht erläutert, wie man in unserem Alter die Politik nachhaltig mitgestalten kann. Klar wurde schnell, dass wir in Jonas einen waschechten Kommunalpolitiker gefunden haben, der es versteht, generationsübergreifend

bürgernahe Politik zu machen. Im Anschluss an diese inspirierende Erzählung fiel es unserer Gruppe nicht schwer mit der Themenfindung für das Jugendwahlprogramm zu starten. Auch dabei blieb Jonas an unserer Seite und gab immer wieder interessante Aspekte aus seiner Arbeit und Wahlkampferfahrung weiter. Dank des Engagements aller Teilnehmer*innen konnten wir dann auch noch einem Basketballturnier in Gundels-

heim folgen und eines unserer eingesprungenen Mitglieder als persönlicher Fanclub anfeuern. Nachmittags folgte eine Stadtführung durch den historischen Kern von Bamberg. Abends hatte sich Andreas Schwarz, Bürgermeister einer Nachbargemeinde und Bundestagskandidat der SPD, die Zeit genommen, uns aus seiner Sicht die Chancen und Aufgaben von Politik in ländlichen Gebieten darzustellen. Die Parallelen zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und dem ländlichen Bayern waren schnell klar. Zudem hat uns Daniel Dorsch die Arbeit der Willy-Aron-Gesellschaft nahegebracht, die sich die Aufgabe gesetzt hat, an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern und zu mahnen. Sie wollen Zivilcourage fördern und Widerstand begründen. Gemeinsam diskutierten wir über die heutigen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Maßnahmen dagegen. Eine Nachtwächterführung rundete diesen arbeitsreichen und lehrreichen Tag ab.

Am Morgen des letzten Tages besuchten wir Jonas Merzbacher im Rathaus in Gundelsheim. Dort fand eine Ideenfindung statt über neue Wahlkampfideen und Chancen für die SPD auch in „schwarzen“ Gebieten. Anschließend besuchten wir als Abschluss noch die Landesgartenschau in Bamberg. Nach einem abschließenden Mittagessen verabschiedeten wir uns von Jonas sowie den Jusos Bamberg und fuhren wieder zurück in den Rhein-Sieg-Kreis, mit tollen Ideen und aufmunternden Erkenntnissen.

http://www.jusos-rsk.de/bamberg

**Hanna Meyer (25)**
ist Vorsitzende der Jusos Hennef und Mitglied im Kreisvorstand der Jusos Rhein-Sieg. Sie studiert Rechtswissenschaften in Bonn.

# THEMEN-FOREN ZUR KOMMUNALWAHL 2014

**Jusos erarbeiten Ideen für eine junge Politik im Rhein-Sieg-Kreis**

Nahverkehr, Umweltschutz, Inklusion - mit vielen verschiedenen kommunalpolitischen Themen beschäftigen sich zurzeit die Mitglieder der Jusos Rhein-Sieg, die in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2014 inhaltliche Schwerpunkte erarbeiten und Ideen für eine junge, soziale und nachhaltige Politik für den Rhein-Sieg-Kreis entwickeln. In vier Themen-Foren diskutieren die Jusos diese Ideen mit Unterstützung der SPD-Kreistagsabgeordneten Bettina Bähr-Losse, Werner Albrecht und Harald Eichner. Anschließend sollen die Positionen der Jusos ins Wahlprogramm der SPD Rhein-Sieg einfließen.

Unter dem Titel „Mobilität für alle“ starteten die Jusos in die inhaltliche Diskussion um einen zukunftsfähigen öffentlichen Nahverkehr, der auch in ländlichen Gebieten leistungsstark und attraktiv ist. Dabei sprachen sich die Jusos u.a. für eine Entflechtung des komplizierten Verbundsystems, eine Umgestaltung der Finanzierung des ÖPNV und verbesserte Angebote zu Ausgehzeiten am Wochenende aus. Im Themenforum „Junges Leben“ standen vor allem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik und Freizeitmöglichkeiten im Rhein-Sieg-Kreis im Mittelpunkt. Mit welcher Politik eine inklusive Gesellschaft, die offen, gerecht und tolerant ist, auch im Rhein-Sieg-Kreis erreicht werden kann, diskutierten die Jusos im Forum „Miteinander leben – gerecht und tolerant“. So soll zum Beispiel der Bau von Sozialwohnungen gesteigert, Schulsozialarbeit gestärkt und die Inklusion im Bildungssystem und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben werden. Außerdem soll auch die Kommunalpolitik im Rhein-Sieg-Kreis aus Betroffenen Beteiligte machen und an der Weiterentwicklung zu einem in-

klusiven demokratischen System mitwirken. Das Themen-Forum „Nachhaltig leben“ behandelte abschließend die Themen Fairer Handel, Umweltschutz und regenerative Energiegewinnung.

http://www.jusos-rsk.de/tf

# ERFOLGSREZEPT QUOTE?

**Ohne Quote jedenfalls kein Fortschritt!**

In der Öffentlichkeit und in der Partei ist eine Quote nicht unbedingt ein GewinnerInnenthema. Sei es, wenn es um die Berücksichtigung von allen Altersgruppen bei politischen Aufstellungsverfahren geht, um Menschen mit Migrationshintergrund oder die Frauenquote. Dabei wird meistens nicht verstanden, worum es geht. Es wird dabei auch unterschwellig suggeriert, dass es sich um Minderheiten handelt. Schauen wir uns zum Beispiel die Frauenquote an, entspricht dies natürlich nicht der Realität.

## Ziel einer Quote

Als Konsens kann jedenfalls, unabhängig davon, ob man jetzt grundsätzlich für oder gegen eine Quote ist, festgehalten werden, dass jede*r als freie, unabhängige und selbstbestimmte Person innerhalb der SPD mitwirken kann, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter.

Wir brauchen aber gewisse Veränderungen in unserer Gesellschaft und natürlich auch in unserer Partei. Nur so können langsam aber sicher festgefahrene gesellschaftliche Strukturen, aber auch innerparteilich verkrustete Strukturen, aufgelöst werden. Wir brauchen diese Veränderungen innerhalb der parteilichen Strukturen, um das Machtungleichgewicht und vor allem, um die momentane „Männerquote“ (Politik und Wirtschaft werden vor allem von älteren, heterosexuellen Männern beherrscht) aufzuheben. Wie die Erfahrung zeigt, wird dies nicht durch freiwillige Selbstverpflichtung von innen heraus geschehen. Nur durch ein Überwinden und das Aufbrechen alter Strukturen können Veränderungen stattfinden.

***„In der Praxis ist eine Quote der richtige Schritt, um Benachteiligung zu bekämpfen und eine vielfältige Beteiligung innerhalb unserer Partei zu ermöglichen.“***

In der Praxis ist eine Quote der richtige Schritt, um Benachteiligung zu bekämpfen und eine vielfältige Beteiligung innerhalb unserer Partei zu ermöglichen. Nur so können weitere Perspektiven geschaffen werden, um neue Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Dies ist als schrittweise Veränderung zwischen „oben“ und „unten“ zu begreifen, damit eben nicht nur Vereinzelte berücksichtigt werden, sondern um Gerechtigkeit für alle zu sichern. Dies wirkt sich automatisch auf unsere Inhalte aus, um sich eben auch weiter zu entwickeln, Macht gerecht zu verteilen und so für die Gleichberechtigung aller zu sorgen.

Dies ist eigentlich eine Aufgabe unserer Partei, gerechte Bedingungen für alle zu schaffen, auch gegen Widerstände. Eine pluralistische und lebendige Partei muss diesen Anspruch auf Gleichberechtigung aller haben und sie muss ihn für die Gesamtgesellschaft einfordern.

Die vorherrschenden Bedingungen jedoch nehmen wir Jusos zum Anlass, aktiv zu werden. Darauf zielt auch unsere Arbeit als politische Jugendorganisation des Rhein-Sieg-Kreises ab. Dabei geht es nicht darum, bestimmte Gruppen gegeneinander aufzubringen, sondern darum, bestimmte ungerechte und undurchsichtige Strukturen und Abläufe, die uns bei der freien Entfaltung behindern, aufzuheben. Die negative Assoziation des Begriffes „Quote“ ist daher nicht nachvollziehbar.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse sollte vorbei sein; den vielen Worten müssen auch wenigs-

tens einige Taten folgen. Die Distanz zwischen Befürwortern und Gegnern einer Quote im Allgemeinen zeigt, wie weit man voneinander entfernt ist. Während die einen die Einmischung bei der Besetzung von Schlüsselpositionen und Listen strikt ablehnen und keinen Handlungsbedarf sehen, kritisieren die anderen wiederum die daraus entstehenden Ungleichgewichte. Für die Gegner einer Quotenregelung funktioniert das bisherige System: Jeder soll an seinem Platz bleiben.

Eben dieses Unverständnis manifestiert sich in der Gegenwehr gegen Veränderungen, denn warum Altbewährtes abschaffen? Diese Argumentation geht jedoch an der Wirklichkeit vorbei. Um in der Gesellschaft weitere Teile zu erreichen, ist eine Quotenregelung innerhalb der Partei unerlässlich und natürlich nur als Zwischenziel anzusehen. Denn der Idealzustand erfordert keinerlei Regelung, in ihm herrscht Gleichberechtigung von alleine. Doch von diesem Zustand sind wir noch weit entfernt. Die Quote ist selbstverständlich nicht das Ziel, sie ist ein Werkzeug zur Erreichung des Idealzustandes.

***„Die Quote ist selbstverständlich nicht das Ziel, sie ist ein Werkzeug zur Erreichung des Idealzustandes.“***

In diesem Zusammenhang könnten vielleicht auch Themen, die wir konkret in unserer Region in den letzten Jahren nicht vordergründig behandelt haben, besser und leichter aufgegriffen werden. Bei einer Quote für eine Wahl-Reserveliste, bei der alle Altersgruppen berücksichtigt werden, könnte man annehmen, dass neue Gesichter etwas unbedarfter und mutiger an bestimmte Themen herangehen, die bisher nicht primär behandelt wurden. So müssten wir uns von der WählerInnenschaft nicht vorwerfen lassen, dass bestimmte akute Probleme nicht behandelt werden, nur weil man sich möglicher Konsequenzen nicht stellen will oder weil man die Probleme aufgrund voneinander entfernter Lebenswelten nicht erkennt. Dies könnte in einigen politischen Feldern des Rhein-Sieg-Kreises zu neuen Lösungsansätzen führen und unsere Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft stärken.

Auf die Frage, ob die Quote ein Erfolgsmodell ist: Na klar ist sie nicht die beste aller Lösungen, aber zweifellos eine erhebliche Verbesserung, um die vorhandenen Kapazitäten in allen Bereichen besser und gerechter zu nutzen. Eine Quote trägt zur Demokratisierung sowohl in der Gesellschaft als auch in der Partei bei.

http://www.jusos-rsk.de/quote

**Sara Zorlu (28)**
ist Vorsitzende der Jusos im Rhein-Sieg-Kreis und stellvertretende Fraktionsvorsitzende in Eitorf. Sie studiert Rechtswissenschaften.

# AUS DEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

## „Arbeit ist mehr wert als'n Appel und'n Ei!" Diskussion der Jusos Bornheim zum Thema Mindestlohn gibt wichtige Impulse

So lautet das Fazit der Jusos Bornheim/Alfter nach der öffentlichen Diskussionsrunde zum Thema Mindestlohn. Zusammen mit SPD und IG BCE hatten sie in die Franziskusschule in Bornheim-Merten eingeladen, wo drei Diskutanten unter der Leitung der Jusos Jann Günther und Philipp Voigt die Situation auf dem Arbeitsmarkt analysierten.

Sebastian Hartmann, Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg, machte deutlich, er sehe die Ursachen für den zunehmenden Anteil niedriger Einkommen in der abnehmenden Tarifbindung und einem zunehmend globalisierten Arbeitsmarkt. Er unterstrich damit den Handlungsbedarf der Politik, die auch die Auswirkungen auf die Rente bedenken müsse. Diese Entwicklung hin zu geringeren Einkommen konnte Helge Herrwegen, IG BCE Köln-Bonn, mit Eindrücken aus seiner Erfahrung als Gewerkschaftssekretär illustrieren. Gerade der Vergleich mit anderen europäischen Ländern mache deutlich, dass das Modell Mindestlohn funktioniert.

Hartmann gab zu bedenken, dass nur ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn verhindern könne, dass Dumpinglöhne gezahlt werden, das Arbeitsentgelt dann durch den Staat aufgestockt werden muss und Lasten, was die Rente angeht, in die Zukunft verschoben werden. Auch Helge Herrwegen, der das fragwürdige Konzept der Bundesregierung, sich auf branchenbezogene Mindestlöhne zu beschränken, erläuterte, sieht keine Alternative zur Einführung des Mindestlohns, um da unterstützend zu wirken, wo die Tarifautonomie auskömmliche Löhne nicht gewährleisten könne.

An die lebhafte Diskussion schloss sich eine offene Fragerunde an, in der viele Zuhörer die Möglichkeit nutzen, Fragen zu stellen und selbst in die Diskussion einzusteigen. *Philipp Voigt*

## Jusos Meckenheim mit neuem Team am Start

Mit dem Abiturjahrgang 2012 sind sechs von sieben aktiven Mitgliedern der Jusos Meckenheim weggezogen, was letztendlich zur Auflösung führte. Nun, da der SPD Meckenheim

mehrere Neumitglieder unter 35 Jahren beigetreten sind, haben sich die Jusos neu formiert und am 24. Mai einen Vorstand gewählt. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden Tim Romankiewicz und den beiden Stellvertretern Daniel Gerl und Sebastian Unrecht.

Sie wollen dazu beitragen, das kaum vorhandene Angebot für junge Menschen in Meckenheim zu verbessern und deren Interessen zu stärken. Schließlich ist es die Jugend, um deren Zukunft es geht. Dies gilt auf kommunaler Ebene wie auf Bundesebene. Gemeinsam mit den Jusos Rhein-Sieg soll das traditionelle Beachvolleyballturnier, welches im letzten Jahr nicht stattfinden konnte, wiederbelebt werden. Auch sollen Film- und Diskussionsabende veranstaltet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist eine

verbesserte Kommunikation der linksrheinischen Jusos, hier insbesondere mit den Jusos Bornheim/Alfter, um die Juso-Arbeit auf dieser Rheinseite und auch im Kreis möglichst effizient zu gestalten. Natürlich steht auch bei den Jusos Meckenheim der Bundestagswahlkampf vor der Tür. Dabei soll Bundestagskandidatin Bettina Bähr-Losse für den Wahlkreis 98 bestmöglich unterstützt werden. *Tim Romankiewicz*

## Jusos Hennef fordern: Spielplätze barrierefrei und behindertengerecht gestalten

Im Zuge der Diskussion über Inklusion möchten die Jusos an die gesamtgesellschaftliche Dimension von Inklusion erinnern, die sich nicht nur in einem inklusiven Schulsystem erstreckt. Deshalb forderten die Jusos die Stadt Hennef mit einem Antrag auf, Spielplätze behindertengerecht und inklusiv zu gestalten. Die Stadt sollte Kindern mit Behinderung die Möglichkeit bieten, wie gleichaltrige Kinder ohne körperliche oder geistige Einschränkung ihre Freizeit auf Spielplätzen zu verbringen und auf diesen Plätzen auch passende Spielangebote zu finden.

In manchen Städten gibt es schon Spielplätze mit behindertengerechten Spielgeräten. Ein solcher inklusiver Spielplatz könnten auch Spielgeräte bieten, die die motorischen und kognitiven Fähigkeiten fördern. Die Geräte können mit herkömmlichen und barrierefrei erreichbaren Spielgeräten kombiniert werden. So kann ein ungezwungener Kontakt zwischen Kindern mit und ohne Einschränkung stattfinden. Wichtig ist vor allem, dass nicht nur ein Spielplatz für Menschen mit Behinderung, sondern ein Spielplatz für alle entsteht. Im Jugendhilfeausschuss der Stadt Hennef fand die Juso-Forderung Unterstützung. In Zukunft wird der Aspekt der Inklusion bei der Planung neuer bzw. Umgestaltung alter Spielplätze berücksichtigt. *Mario Dahm*

# UNSER ZIEL: MOBILITÄT FÜR ALLE!

**Jusos entwickeln Visionen für zukunftsfähigen Nahverkehr**

In der letzten Ausgabe der Rhein-Sieg Bühne hatten wir bereits von unserem Antrag zum „klassenlosen Bahnfahren“ berichtet.

In der Zwischenzeit hat sich zumindest auf politischer Ebene etwas getan auf diesem Gebiet. Wir reichten unseren Antrag auf dem Kreisparteitag der SPD Rhein-Sieg ein und erreichten eine breite Mehrheit. Zukünftig wird die „Abschaffung der 1. Klasse im Reginalverkehr“ Forderung der SPD Rhein-Sieg. Auch andere Juso-Unterbezirke möchten unseren Antrag übernehmen.

In diesem Jahr haben wir uns intensiver mit dem Thema Mobilität und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) beschäftigt. Deswegen wurde im Rahmen der Themenforumsreihe der Jusos Rhein-Sieg ein Forum zum Thema „Mobilität für alle“ durchgeführt. Inhaltlich wurde das ganze Mobilitätsspektrum vom Auto über den ÖPNV bis hin zum Fahrrad abgedeckt.

Als Konsens kristallisierte sich vor allem eines schnell heraus: Die Jusos bekennen sich zum ÖPNV! Allerdings ist es notwendig, dass der ÖPNV attraktiver wird. Wie kann dies jedoch geschehen? Das grundsätzliche Problem in einem so flächengroßen Kreis wie dem Rhein-Sieg-Kreis ist, dass man mit dem Auto schneller von Punkt A zu Punkt B kommt als mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Um die Attraktivität trotzdem zu

steigern, ist es zum einen notwendig die Zeit, die eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln benötigt, durch ein intelligentes und flächendeckendes System zu reduzieren. Zum anderen ist es unabdinglich, die Ticketpreise zu senken, mit dem Ziel eines ticketlosen Bus- und Bahnverkehrs, umso die Menschen dazu zu bewegen auf Bus und Bahn umzusteigen. Außerdem soll so gewährleistet werden, dass alle Menschen mobil sein können, unabhängig vom Geldbeutel. In diesem Zusammenhang heißt ticketlos nicht kostenlos, sondern es bedeutet, dass die Finanzierung des ÖPNV von der ganzen Bevölkerung getragen wird, dies kann z.B. über Steuern oder eine jährliche ÖPNV-Pauschale für alle Bürger*innen geschehen. Attraktiver kann der ÖPNV auch über weitere Innovationen werden, wie etwa freies W-LAN in Bussen und Bahnen. Um den Nahverkehr überhaupt „reformierbar" zu machen, fordern die Jusos eine Entflechtung des überkomplizierten Verbundsystems und der unübersichtlichen Zuständigkeiten.

Immer wieder wird bei wenig genutzten Buslinien die Taktung reduziert, teilweise bis zur kompletten Einstellung ganzer Linien. Dies geschieht angeblich, um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNVs zu erhalten. Das schadet allerdings der Attraktivität des ÖPNVs und ist äußerst problematisch, da es sich beim ÖPNV nicht nur um ein wirtschaftliches Gut handelt, sondern vielmehr um ein öffentliches Gut der Grundversorgung mit Mobilität und Beweglichkeit. Bei einer reinen wirtschaftlichen Betrachtung würden ganze, vor allem ländliche Regionen vom ÖPNV ausgeschlossen oder nur sehr schlecht versorgt werden. Um solche Probleme zu umgehen und trotzdem eine gewisse Wirtschaftlichkeit zu wahren, ist es sinnvoll, neben der Steigerung der Attraktivität des ÖPNVs vermehrt auch auf den Einsatz von Ruf- und Taxibussen zu setzen.

Kurzfristig ist es wichtig, vor allem im Zusammenhang mit der Sanierung der Bonner Brücken und Autobahnen, den Ausbau von Park & Ride Parkplätzen zu fördern, kombiniert mit Pendlerbussen und einer Erhöhung der Taktung der Pendlerlinien. So soll der totale Staukollaps vermieden werden.

Zusammenfassend ist also noch viel tun, damit der ÖPNV im Rhein-Sieg Kreis attraktiv und somit auch wirtschaftlicher wird. Es sind genug Ideen da, jetzt muss nur noch gehandelt werden.

http://www.jusos-rsk.de/tf-mobilitaet

**Matthias Großgarten (23)**
ist Niederkasseler Juso-Sprecher und Sprecher der Juso-Kooperation von Troisdorf, Niederkassel und Siegburg. Er ist Sozialwissenschaftler und studiert zurzeit VWL an der Uni Bonn.

# WORKERS YOUTH FESTIVAL IN DORTMUND

**Fredenbaumpark: 4 Tage – über 3000 Teilnehmer – Solidarität!**

Über 3000 junge Menschen, davon allein 800 aus anderen Ländern, kamen vom 9. bis zum 12. Juni im Dortmunder Fredenbaumpark zusammen. Anlass für das große internationale Treffen war das „Workers Youth Festival“, das die Jusos gemeinsam mit den Falken organisierten. Unter dem Motto „United we make history – solidarity now“ verbrachten die Teilnehmer*innen vier Tage lang, um zu diskutieren, zu feiern und neue Bekanntschaften zu machen.

Über den Tag verteilt gab es zahlreiche Workshops und Podiumsdiskussionen zu Themen wie Arbeitslosigkeit, Feminismus, Inklusion und vielem mehr. Und auch wer mal keine Lust auf politisches Programm hatte, kam nicht zu kurz. Vor Ort gab es für die Teilnehmer*innen ein breites Angebot an Freizeitaktivitäten. Ob Ballspielen im Park oder ein Ausflug an Orte im Ruhrgebiet. Für jede*n war etwas dabei. Abends nach dem Essen wurde es dann meist erst einmal bei den Zelten gemütlich. Dort wurde heiß diskutiert,

gespielt und gelacht. Zu späterer Stunde gab es für alle Freunde der Musik täglich eine bunte Mischung an verschiedenen Bands, die in den Räumlichkeiten auf dem Gelände auftraten.

Den Höhepunkt des Festivals bildete der Samstag, der Aktionstag genannt wurde. Gegen Mittag zog eine große Gruppe vom Fredenbaumpark mit Bannern und Fahnen ausgestattet herüber zum Friedensplatz, der in der Dortmunder Innenstadt liegt. Dort waren zahlreiche Aktivitäten, wie ein Menschenkicker und „Nazikegeln“ aufgebaut. Außerdem stand vor dem Rathaus eine Bühne. Am Nachmittag begrüßten die Festival-Teilnehmer*innen dort bei strahlendem Sonnenschein auch SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zu einer Podiumsdiskussion. Der im Vorfeld angekündigte Gast Peer Steinbrück konnte leider krankheitsbedingt nicht kommen.

Die Jusos und Falken veranstalten gemeinsam mit sozialistisch und sozialdemokratisch orientierten Organisationen anderer Länder in regelmäßigen Abständen Festivals. Wer in nächster Zeit Interesse hat an einem solchen teilzunehmen, kann sich zum Beispiel auf der Internetseite der NRW Jusos informieren.

http://www.jusos-rsk.de/wyf

**Dagmar Lappe (25)**
aus Troisdorf ist Beisitzerin bei den Jusos Rhein-Sieg. Nach ihrem Magisterabschluss studiert sie nun als Quereinsteigerin Deutsch und Englisch für das Lehramt an Berufskollegs. In ihrer Freizeit macht sie gern Sport und erkundet neue Länder und Kulturen.

# ANTRAG DER JUSOS RHEIN-SIEG IM LANDTAG

**Homosexuelle nicht pauschal von der Blutspende ausschließen**

Manchmal denkt man, dass man mit politischer Arbeit auf „unterer“ Ebene nicht viel erreichen kann, oder zumindest nur auf die eigene Kommune bezogen. Ein Antrag der Jusos Rhein-Sieg hat jetzt bewiesen, dass es auch ganz anders gehen kann. Was ist passiert?

Im Sommer letzten Jahres hat der Juso-Unterbezirk einen Antrag entwickelt und an die Landeskonferenz der NRWJusos gerichtet. Ziel dieses Antrags war und ist es auch immer noch, dass homo- bzw. bisexuelle Menschen nicht mehr pauschal von der Blut- und Knochenmarkspende ausgeschlossen werden dürfen. Diese Praxis gibt es in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern heute noch. Möchte ein homo- oder bisexueller Mann sein Blut spenden, muss er zunächst wie alle anderen auch einen Fragebogen ausfüllen. Antwortet er wahrheitsgemäß, wird er allerdings von der Spende ausgeschlossen, weil er pauschal zu einer HIV-„Risikogruppe“ gezählt wird. Bis vor kurzem tauchten MSM (Männer, die Sex mit Männern haben) in diesem Fragebogen in derselben Fußnote mit Prostituierten, Drogenabhängigen und Häftlingen auf. Im Gegensatz dazu wurden heterosexuelle Spender*innen nicht einmal nach riskantem Sexualverhalten und damit höheren HIV-Risiko befragt. Immerhin hat man

das mittlerweile als Diskriminierung erkannt und die Formulierung verändert.

Trotzdem wird Schwulen weiterhin von vorneherein unterstellt, häufig wechselnde Sexualpartner zu haben und risikobehaftete Sexualpraktiken zu praktizieren. Monogam lebende Homosexuelle, die auf ihre Gesundheit achten, liegen außerhalb der hier dargestellten Vorstellungswelt. Dieser Generalverdacht ist falsch und muss beendet werden, weil er Promiskuität bei Homosexuellen generell voraussetzt und so tief in einem homophoben, vorurteilsbehafteten Diskurs verfangen ist. Deshalb fordern die Jusos Rhein-Sieg, dass statt sexueller Orientierung zukünftig nur noch individuelles sexuelles Risikoverhalten abgefragt und die Diskriminierung beendet wird. Der Ausschluss von MSM ist auf diese pauschale Art und Weise auch nicht wirklich hilfreich, da niemand die Angaben auf dem Fragebogen kontrolliert und da alle Spenden nach neuesten wissenschaftlichen Verfahren getestet werden. Die Gefahr, sich in Deutschland durch eine Bluttransfusion mit HIV zu infizieren liegt bei 1 zu ca. 4,3 Millionen. Ein Restrisiko bleibt, mit oder ohne Ausschluss von MSM.

Der Antrag aus dem Rhein-Sieg-Kreis machte sich also auf den Weg. Zwar wurde er auf der Landeskonferenz der NRWJusos leider nicht beraten, aber dann Ende 2012 vom Juso-Landesausschuss verabschiedet. Vorher hatte die SPD-Landtagsfraktion das Thema aber schon aufgegriffen und zusammen mit der Fraktion der Grünen einen Antrag erarbeitet, dessen Grundlage der Text aus dem Rhein-Sieg-Kreis war (was unschwer an den wortgleichen Formulierungen zu erkennen ist). Dabei fiel die Knochenmarkspende leider raus, weil hiervon ein anderes Gesetz betroffen wäre. Einzig die CDU-Fraktion meldete bei der ersten Beratung Bedenken an, sodass der Antrag vom Landtagsplenum im Dezember zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen wurde. Dort wurde er nun nach Expert*innenanhörung abschließend beraten und mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten beschlossen. Die CDU enthielt sich. In einer der nächsten Sitzungen wird sich der NRW-Landtag damit nun auch gegen diese diskriminierende Praxis aussprechen. Der Antragstext aus dem Rhein-Sieg-Kreis wurde übrigens auch für die Grünen-Landtagsfraktionen in Thüringen und Sachsen-Anhalt zur Vorlage. In diesem Falle wird man doch gerne kopiert.

http://www.jusos-rsk.de/blutspende

**Mario Dahm (23)**
ist Geschäftsführer der Jusos Rhein-Sieg und stellv. Vorsitzender der Hennefer SPD. Nach dem Studium möchte er Schüler*innen in den Fächern Deutsch, Geschichte und Philosophie unterrichten. Den Antrag „Blutspende“ hat er verfasst und bei den Jusos eingebracht.

# GEMEINSAM ÜBER DAS THEMA RENTE DISKUTIERT

**Veranstaltung der Jusos und der AG 60plus**

Zu einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung zum Thema Rente hatten die beiden SPD-Arbeitsgemeinschaften im Rhein-Sieg-Kreis, die AG 60plus und die Jusos eingeladen. Der Vorsitzende der AG 60plus,Ulli Knab, betonte zur Begrüßung, dass das Thema Rente vor allem ein Thema der jungen Generation sei und die Politik heute die Aufgabe habe, Konzepte zu entwickeln, damit auch in Zukunft die Menschen von ihrer Rente angemessen leben können. In Erwartung einer Regierungsbeteiligung nach den Bundestagswahlen sei es auch Aufgabe der SPD-Mitglieder im Rhein-Sieg-Kreis, an Konzeptideen für ein zukunftssicheres Rentensystem zu arbeiten und diese „nach oben“ weiterzutragen.

Mit fachkundiger Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Person von Jochen Kollmer diskutierten die Besucherinnen und Besucher der generationsübergreifenden Diskussionsrunde über die aktuellen Probleme des deutschen Rentensystems. Besonders in den kritischen Blick geriet dabei der in der Vergangenheit verstärkt praktizierte Ansatz der privaten Zusatzvorsorge, der „Rente“ im Alter vom Kapitalmarkt abhängig macht.

Die Juso-Kreisvorsitzende Sara Zorlu freute sich über erste Konzeptideen, wie der Entkoppelung der Rente vom Faktor Arbeit durch eine Umstellung auf Steuerfinanzierung, und versprach die generationsübergreifende Diskussion zwischen Jusos und AG 60plus fortzusetzen, um die Reformvorschläge zum Rentensystem weiter auszuarbeiten.

http://www.jusos-rsk.de/rente

# ZEICHEN DER TOLERANZ UND VIELFALT

## Regenbogenfahne am Kreishaus

Am 17. Mai fand der internationale Tag gegen Homophobie statt. Diesen nahmen die Jusos Rhein-Sieg zum Anlass, einen Bürgerantrag an den Landrat zu richten, damit ab dem nächsten Jahr an diesem Tag als Zeichen der Toleranz und Bejahung vielfältiger Lebensweisen und als Zeichen gegen Homophobie eine Regenbogenfahne vor dem Kreishaus gehisst wird. Gleichlautende Bürgeranträge stellen die Juso-AGen in den Städten Hennef, Siegburg, Troisdorf, Niederkassel, Meckenheim und Bornheim, sowie in der Gemeinde Eitorf.

Die Regenbogenfahne ist das Zeichen der Lesben- und Schwulenbewegung und steht für Vielfalt und Toleranz. Diese Fahne weht an manchen Tagen an vielen Rat- und Kreishäusern in Deutschland, z.B. während der Veranstaltung eines CSD oder eben am 17. Mai. Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würden der Rhein-Sieg-Kreis und die Kommunen ein deutliches und notwendiges Zeichen setzen. Denn auch heute noch werden homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen diskriminiert, in einigen Ländern sogar verfolgt und ermordet. Aber auch in Deutschland gibt es alltäglich Beleidigungen, Diskriminierung, Benachteiligung und Gewalt gegen diese Mitbürger*innen; unterschwellig oder offen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder so leben kann, wie er oder sie es möchte, ohne dadurch Anfeindungen, Gewalt oder Benachteiligungen zu erfahren.

© Ludovic Bertron

# FOTOALBUM

Es ist viel passiert seit der letzten Ausgabe der Rhein-Sieg-Bühne.
Hier sind ein paar kleine Einblicke in unsere Veranstaltungen und Aktionen.

Netzpolitik-Diskussion

Juso-Ehrenmitgliedschaft für Sebastian Hartmann

Juso-Mobil in Siegburg

Juso-Landeskonferenz

Torwandschießen gegen Homophobie

Aktion „Bunte Hände“ gegen Rechts

Anti-Nazi-Demo

Bildungsfahrt nach Bamberg

Karneval im Kreishaus

© Stephanie Hofschlaeger/pixelio

# DIE INKLUSIVE GESELLSCHAFT

**Voll normal? Oder alles anders?**

„Normal halt!“ Wer diese Redewendung noch nicht verwendet hat, der hebe die Hand. Vermutlich hebt nun keiner die Hand, das wäre wiederum „normal“. Das Wort „normal“ benutzen wir oft, meistens ohne den Gebrauch näher zu reflektieren. Der Begriff der Normalität hat allerdings vielfache Dimensionen, daher nicht zuletzt auch eine politische. Dieser Text möchte sich damit auseinandersetzen und auf verschiedene Problemlagen hinzuweisen.

Dass wir zurzeit viel über Inklusion, über Toleranz oder über Gleichstellung diskutieren, zeigt zunächst einmal eines: Es muss darüber gesprochen werden. Es ist leicht festzustellen, dass sich unsere Gesellschaft immer noch gliedert und sortiert in „normal“ und „anders“, wobei diese Zweiteilung natürlich objektiver Kriterien weitgehend entbehrt. Dennoch ist diese binäre Teilung mit der Zuteilung von Chancen und Macht verbunden und damit extrem wirkmächtig.

Wirft man nun einen Blick auf dieses zweigeteilte gesellschaftliche Ordnungssystem, dann stellt sich schnell heraus, dass sich beide Sei-

ten gegenseitig bedingen und doch ausschließen. Die Funktion von Andersartigkeit bzw. die Funktion unserer Definition von Andersartigkeit ist die Konstruktion von Normalität. Wo es kein „anders“ gibt, gibt es auch kein „normal“ oder anders ausgedrückt: A kann nur A sein, wenn A nicht B ist. Um diesen Gegensatz aufzulösen, müsste man vor allem Normalität in Frage stellen. Das allerdings ist für viele gar nicht so einfach.

Ein Beispiel: Als normal gilt für weite Teile der Bevölkerung, dass sich Menschen in Menschen anderen Geschlechts verlieben. Alle anderen Konstellationen gelten zumindest als anders, häufig im Sinne von „sonderlich“ bis „abartig“. Der klare Gegensatz zwischen Heterosexualität und Homosexualität entstand allerdings erst mit der Entwicklung und Klärung von Begriffen. Die diskursive Festsetzung des Homosexuellen ermöglicht vor allem eines: Die Entstehung des „Normalen“, des Heterosexuellen. Definition und damit Identifikation funktioniert über Abgrenzung, oder schlimmer noch über Ausgrenzung. Da liegt der Punkt, den wir als Jusos verändern wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der keiner ausgegrenzt wird. Den Begriff „anders“ kritisch zu betrachten, heißt dabei aber nicht, dass alle Menschen irgendwie gleich sein sollen. Ein politischer Ansatz, möglichst gleiche Menschen zu schaffen, ist ein faschistischer. Diese Gleichheit funktioniert dabei wiederum vor allem durch extreme Formen von Ausgrenzung. Historische Beispiele müssen hier sicherlich nicht weiter ausgeführt werden.

Wir sollten also unsere Vorstellungen von Normalität und Andersartigkeit nicht nur hinterfragen, sondern letztlich auf eine solche Kategorisierung verzichten. Das wäre wirklich inklusiv.

Die Ansatzpunkte für eine politische Arbeit hin zu einer inklusiven Gesellschaft sind vielfältig. Ich möchte mich hier auf drei zentrale Punkte beschränken: Gleichstellung, Schaffung gleicher Möglichkeiten und Verändern gesellschaftlichen Denkens.

Gleichstellung im jungsozialistischem Sinne heißt: Gleiche Rechte, Chancen und Pflichten für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Bildung, Umfeld, Behinderung oder sexueller Identität. Die Gleichstellung ist in den letzten Jahrzehnten weit vorangekommen; die Sozialdemokratie hatte daran einen sehr großen Anteil. Dennoch sind wir auch in Deutschland noch weit entfernt davon, eine vollständige Gleichstellung aller Menschen erreicht zu haben. Nimmt man eine übernationale Perspektive ein, wird aus dem Schatten sogar noch ein Dunkel.

***„Gleiche Rechte, Chancen und Pflichten für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Bildung, Umfeld, Behinderung oder sexueller Identität.“***

Die Dimensionen von Gleichstellung, die in unserem Land noch zu verwirklichen ist, sind vielfältig. Darunter fallen beispielsweise die volle Gleichberechtigung der „Homo-Ehe“ mit der „Ehe“ (hier sieht man auch wie Begriffe wirken), gleiche Chancen für Männer und Frauen in allen Bereichen oder gleiche Rechte auch für Mitmenschen ohne „deutschen“ Pass. Die vielleicht größte Aufgabe liegt darin, unser politisches System so umzugestalten, dass eine möglichst große Gleichstellung erreicht werden kann. Wie kann man aus Betroffenen auch Beteiligte machen? Wie können alle Menschen in den politischen Prozess integriert werden? Ein Stadtrat ist eben kein Querschnitt der Gesellschaft. Unsere Zukunftsaufgabe ist klar: Wir brauchen ein inklusives demokratisches System, das alle erreicht, beteiligt und beachtet.

Die Schaffung gleicher Chancen und Möglichkeiten ist der zweite zentrale Punkt jungsozialistischer Politik auf allen Ebenen. Diese Chancengleichheit ist vor allem über den Weg des Abbaus von Barrieren zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen. Die Aufgaben, die noch vor uns liegen, sind derart vielfältig, dass hier nur einige wenige aufgezeigt werden können. Dennoch sollten uns die riesigen Anforderungen nicht entmutigen. Es geht immer nur schrittweise voran. Die Voraussetzungen für gleiche und zumindest ähnliche Chancen im Leben werden früh geschaffen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau früher Hilfen, für Unterstützungsangebote, für Jugendarbeit und für Gesamtschulen ein, die einem frühen Selektieren von Kindern entgegenwirken. All diese Dinge müssen inklusiv gedacht werden. Das ist nicht nur „fair“ für Kinder mit einer Behinderung, sondern auch wichtig für alle anderen. Der frühe Kontakt mit heute als „anders“ gekennzeichneten Menschen, hilft den „normalen“, das Anderssein gar nicht erst so bedeutsam zu nehmen. Der Begriff der Inklusion

ist dabei ein anderer als z.B. der der Integration oder anderer ähnlicher Begriffe. Der inklusive Gedanke geht - bildlich gesprochen - nicht davon aus, dass es Menschen gibt, die in ein Haus hineingeholt werden müssen, sondern von Beginn an schon von einem so großen Haus, dass niemand erst hineinkommen muss. Wir sind schon alle drin. Damit das Haus aber so groß wird, bedarf es der Anstrengung aller.

***„Der Begriff der Inklusion ist dabei ein anderer als z.B. der der Integration oder anderer ähnlicher Begriffe.“***

Auch wenn Inklusion häufig auf das Bildungssystem beschränkt diskutiert wird, ist die Entwicklungsnotwendigkeit zu einer inklusiven Gesellschaft weitreichender, man könnte besser sagen: allumfassend. Bleiben wir bei Beispielen: Jede*r könnte sich fragen, ob sie/er ihren/seinen Alltag, z.B. Beruf oder Freizeitgestaltung, auch so leben könnte, wenn sie/er eine Behinderung mit entsprechender Einschränkung hätte. Mit einem Rollstuhl ins Kino? Gerne, aber dafür müsste man die Treppe hoch. Mit einem Rollstuhl in die Cocktailbar? Klar, nur zur Toilette kommt man nicht, die ist im Keller. Mit einem Rollstuhl Bahn fahren? Super, nur liegt zwischen Bahnsteig und Bahn eine 20-Zentimenter-Lücke. Das sind alles nur Beispiele. Politik muss hier erkennen und gestalten. Vieles kann so verändert werden. Nahverkehr oder Gebäude können barrierefrei geplant werden. Spielplätze können auch mehr Angebote für Kinder mit Behinderung haben. Infotafeln an Sehenswürdigkeiten lassen sich z.B. über mobiles Internet ganz schnell durch Vorlesefunktion auch für Blinde oder Analphabeten „lesbar“ machen. Auf dem Weg zwischen Seniorenheim und Supermarkt kann eine Stadt viele Bänke aufstellen, um den Weg für alte Menschen zu erleichtern. Es ließen sich viele weitere Möglichkeiten finden, um Hindernisse abzubauen. Aufgabe für Politiker*innen ist es, Probleme zu entdecken, Lösungen zu finden und

realisierbar zu machen. Das müssen sie nicht alleine, da können alle mithelfen.

Der dritte Punkt inklusiven politischen Handelns ist vielleicht der schwierigste, weil er nicht einfach beschlossen werden kann. Dennoch muss es auch Ziel unserer Juso-Arbeit sein, Einfluss auf gesellschaftliche Meinungen zu nehmen. Dabei geht es mehr um Aufklärungsarbeit als um Bevormundung. Erkenntnis kann man nicht vorschreiben. Unsere Aufgabe ist es, gegen Diskriminierung zu wirken und gleichberechtigte Vielfalt einzufordern. Wir sind gegen menschenfeindliche, rassistische, frauen- oder männerfeindliche oder homophobe Ideologien; wir sind gegen alles, was ausgrenzt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede*r so leben kann, wie sie/er es möchte, ohne Benachteiligung. Das ist vielfältig und offen, aber nicht zwangsläufig beliebig. Die Freiheit hört auf, wenn die Freiheit eines anderen dadurch eingeschränkt wird. Deshalb muss man, auch wenn man Toleranz fordert, nicht selbst alles tolerieren.

Die Beeinflussung von „Denken“ ist immer eine gefährliche Sache. Wer sagt mir denn, ob ich auf der „richtigen“ Seite stehe? Wahrheit ist immer relativ. Die einzig akzeptable Praxis ist die Auseinandersetzung, nicht der erhobene Zeigefinger. Verbote oder Gebote sind an manchen Stellen notwendig, haben aber per se noch keinen Einfluss auf bewusste oder unbewusste Einstellungen, die das Leben und die Gesellschaft, die wir vorfinden, hervorbringen. Manchmal sind sie sogar in diesen Einstellungen verfangen. Ein Beispiel dafür ist die Frauenquote. Zur Klarstellung: Die Frauenquote in Aufsichtsräten ist richtig, sie ist notwendig und sie sollte dringend beschlossen werden, weil sich eine Veränderung anders nicht in absehbarer Zeit einstellen wird. Frauen haben nicht die gleichen Chancen, in einem DAX-Unternehmen das Sagen zu haben, wie Männer es haben. Dennoch erreicht eine Quote das eigentliche Ziel natürlich nicht: Das Geschlecht sollte keine Rolle mehr spielen! Warum?

***„Die Frauenquote in Aufsichtsräten ist richtig, sie ist notwendig und sie sollte dringend beschlossen werden, weil sich eine Veränderung anders nicht in absehbarer Zeit einstellen wird.“***

Was wir in diesem Sinne als Geschlecht verstehen, wird als „Gender“ bezeichnet, das mehr ist als das rein biologische Geschlecht. Unter „Gender“ fallen z.B. Rollenbilder und Verhaltensweisen, die eben nicht biologisch begründet sind, sondern sozial konstruiert. Das klingt komplizierter als es ist. Wieder ein Beispiel dazu: Beim Schlangestehen an einer Supermarktkasse in Hennef gefiel einem kleinen Jungen eine dort hängende Kette sehr gut, sodass er sie auch gerne haben wollte. Für die Mutter wiederum war nicht der Preis das Problem, sondern der Gegenstand. „Das ist nicht für Jungs“, sagte die Frau und riss dem Jungen die Kette aus der Hand. Schließlich wurde ein Spielzeugauto gekauft, was der Junge nicht wollte. Egal, die Mutter war zu-

frieden. Der Junge hat gelernt, dass Jungs keine rosa Ketten haben dürfen, er wird wohl später keine mehr haben wollen, weil es nicht männlich ist. Ist das natürlich? Nein. Das ist gemacht. Genauso wie es nicht von Natur aus vorgesehen ist, dass Mädchen lieber die neuen rosafarbenen Überraschungseier haben wollen. Auch das: Gemacht. Dieses simple Beispiel soll verdeutlichen, dass vieles, was wir unter „Geschlecht“ verstehen, vor allem Rollenbilder, gesellschaftlich gebildet werden. Daran wirken wir alle mit. Indem wir uns entsprechend der Rollenbilder verhalten, schaffen wir sie wieder neu. Dennoch sind Geschlechterrollen natürlich nicht beliebig, das hat nichts mit Theaterspielen zu tun. Und klar ist auch, dass „Gender“ zwar von der Gesellschaft produziert ist, aber natürlich real existiert. Diskriminierung und Benachteiligung basieren darauf. Klar muss aber werden, dass der größte Teil der Unterschiede zwischen „Mann“ und „Frau“ nicht naturgegeben, sondern konstruiert ist. Was aber nicht naturgegeben ist, kann verändert werden. Das ist unser Ansatz. Eine Frauenquote reproduziert das Geschlechtersystem im Prinzip. Im Idealfall schafft sie sich daher selber ab, wenn der Unterschied zwischen Mann und Frau nicht mehr über Chancen entscheidet. Sie ist ein Mittel, kein Ziel.

Es gibt viele Ansatzpunkte, Ungleichbehandlung über Bewusstmachung zu überwinden. Wenn wir Jusos darauf bestehen, dass unsere Texte immer „ge-gendert“ sind, d.h. immer weibliche und männliche Leser ansprechen, dann ist das kein Quatsch, sondern Teil dieser Bewusstmachung. Sprache ist eben nicht nur ein Werkzeug, sondern auch das Medium in dem wir denken. Damit bekommt Sprache auch eine wichtige Bedeutung im Hinblick auf Gleichberechtigung.

Man könnte zu jedem Punkt noch unendlich viel mehr sagen und wahrscheinlich wirkt es auch falsch, wenn wie oben geschehen, alles „Andere“ in einen Topf geschmissen wird. Aber genau das ist es ja im Prinzip; alle gleichberechtigt, aber verschieden. Wir sollten die Diskussion offensiv führen, wie für uns eine inklusive Gesellschaft aussieht, in der es keine Ausgrenzung und Diskriminierung mehr gibt. Das mag vielleicht verträumt klingen, aber was wäre Politik ohne Visionen? Diese Frage will ich angesichts der Länge des Artikels nun unbeantwortet lassen. Es bleibt viel zu tun, man muss zuversichtlich bleiben und immer daran denken, dass wir alle genau so normal wie anders sind.

http://www.jusos-rsk.de/jugendkt

**Mario Dahm (23)**
Geschäftsführer der Jusos Rhein-Sieg und stellv. Vorsitzender der SPD in Hennef. Er studiert die Fächer Deutsch, Geschichte und Philosophie auf Lehramt in Köln und konnte sich auch dieses Mal wieder nicht kurz fassen.

# „DEM DRECK IST DOCH EGAL, OB KATHOLISCH ODER EVANGELISCH“

**Interview mit der Kirchenkritikerin Ingrid Matthäus-Maier**

**Ingrid Matthäus-Maier**
war von 1976 bis 1999 Mitglied des Bundestages, von 1988 bis 1999 stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. 1982 verließ sie die FDP-Fraktion, weil diese nach einem Koalitionswechsel Helmut Kohl zum Bundeskanzler wählte.
Für die SPD zog sie wieder in den Bundestag ein und vertrat dort die Interessen des Rhein-Sieg-Kreises.

Einleitung: Liebe Ingrid, wir möchten uns aus aktuellem Anlass über das Thema Kirche und ihre Rolle ins unserer Gesellschaft unterhalten. Wir beobachten in diesem Bereich schon länger dein Engagement und uns interessiert, wie Du die aktuellen Ereignisse bewertest. Wir sind erschüttert über das Verhalten in jenen Kliniken in Köln, wo eine hilfebedürftige Frau nach einer Vergewaltigung abgewiesen wurde. Wir stellen vermehr t fest, dass die Kirchen im sozialen Bereich immer noch oder immer mehr eine nicht ganz unwichtige Rolle spielen.

*Sara: Inwieweit ist die Rolle der Kirchen im Grundgesetz verankert?*

Matthäus-Maier: Die Kirchen kommen im Grundgesetz (GG) insbesondere an zwei Stellen vor: Einmal im Art. 4 des GG über die Glauben-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Die Menschen sind frei und dazu gehört auch die sogenannte negative Bekenntnisfreiheit, nämlich die Möglichkeit, dass ich keiner Religionsgemeinschaft angehöre. Der andere Kernartikel ist Art. 137 WRV (Weimarer Reichsverfassung, der besagt, dass keine Staatskirche besteht. Deshalb hat der Staat weltanschaulich religiös und neutral zu sein und darf

niemanden wegen seiner Religion bevorzugen oder benachteiligen. Das nennt man die Trennung von Kirche und Staat. Es gibt zwei Ausnahmen: Einmal Art. 7 GG über den Religionsunterricht, womit ein Bekenntnisunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren der Kirchen gemeint ist. Ich persönlich fände einen Kenntnisunterricht besser, sei es Ethikunterricht oder Religionskundeunterricht, wo über verschiedene Religionen aufgeklärt wird. Außerdem bleiben Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Aufgrund dieser beiden Sonderartikel spricht man von einer hinkenden Trennung. Es gibt z.B. die Kirchensteuer, Mitgliedschaft in der Kirche auf der Lohnsteuerkarte, sehr schwierige Austrittsverfahren, Staatsleistungen an die Kirchen, die seit 93 Jahren nicht abgeschafft wurden; wegen all diese Privilegien haben wir materiell so etwas wie eine Staatskirche.

*Hanna: Wie schätzt Du die Situation von Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen ein? Wird eine Verschärfung der Situation von Beschäftigten durch Medien suggeriert oder ist das ernst zu nehmen?*

Matthäus-Maier: Von den Medien wird auf keinen Fall übertrieben. Ich behaupte, es gäbe noch viel mehr, wenn die meisten Menschen keine Angst um ihren eigenen Arbeitsplatz hätten.

Ein bekannter Fall aus unserem Kreis ist der katholische Kindergarten in Rauschendorf. Dort hat man die Leiterin gekündigt, weil sie ihren Mann verlassen hat und zu ihrem neuen Freund gezogen ist. Zuerst mal ist es so, dass wirklich ein richtiger Aufstand in der Bevölkerung stattgefunden hat. Besonders auf Widerstand stieß die Tatsache, dass zwar „katholischer Kindergarten“ dransteht und die Kirche Einfluss auf das Privatleben der Angestellten nimmt, aber dass die katholische Kirche keinen Euro zu diesem Kindergarten beiträgt, also keinen Euro beitragen aber 100% über das Privatleben bestimmen. Die Eltern und die ganze Öffentlichkeit haben sich so empört, dass es dann gelungen ist auf Antrag der SPD, den Vertrag mit der Kirche zu kündigen. Die Kindergartenleiterin ist nun dieselbe wie vorher und alle sind zufrieden. Ein weiteres Beispiel aus Köln: Eine vergewaltigte Frau kriegt bei der Notärztin zwar ein Rezept für die „Pille danach“, aber keine Nachuntersuchung, mit der Begründung, sie seien eine katholische Klinik. Und das ist dieser Frau zweimal passiert. Da war die Empörung so groß, dass Kardinal Meisner sich sogar am nächsten Tag dafür entschuldigen musste. Eine weitere Geschichte aus meinem Umfeld: Eine Dame putzte eine Einrichtung der katholischen Kirche und dann fragte der Pfarrer nach zwei Monaten: Sind sie eigentlich katholisch? Die Frau antwortete, dass es dem Dreck doch egal sei, ob katholisch oder evangelisch. Die Stelle wurde dann an eine katholische Putzfrau vergeben. Festzuhalten ist, dass zwar die Mitgliedschaft in der Kirche abnimmt, aber die Konfessionalisierung des Sozialwesens nimmt zu.

*Sara: Es wird oft eingewandt, dass man sich freiwillig auf so ein Arbeitsverhältnis einlässt und somit weiss worauf man sich einlässt. Was sagst du dazu? Findest Du, dass man da die Differenzierung von leitenden Angestellten und gewöhnlich Beschäftigten vornehmen sollte?*

Matthäus-Maier: Ich bin der Meinung, dass für einen Bereich wie Priester oder Pfarrer, die ganz nah an der „Verkündung“ der religiösen Inhalte sind, ein Tendenzschutz (d.h. diese Leute müssen mit den religiösen Überzeugungen der Kirche übereinstimmen, Mitglied sein etc.) gelten sollte, weil sich solche „Tendenzträger“ an die Loyalität halten müssen. Ich habe schon seit Monaten vorgeschlagen, dass der einfachste Weg der sogenannte dritte Weg wäre. Denn die Kirche hat in vielen Bereichen Einfluss und Macht und vor allem auf dem dem dritten Weg dem Arbeitsrecht oder in dem öffentlichen Bereich von Ethikkommission. Da sitzen sie überall drin. Dieser dritte Weg führt dazu, dass die Angestellten zum Beispiel kein Streikrecht haben. Nach § 118 Abs. 2 BetrVerfG diese Rechte auf Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht anwendbar sind. Der einfachste Weg wäre es den Abs. 2 zu streichen, dann bleibt der der Abs. 1, das ist der sogenannte Tendenzschutzparagraph. Der gibt Medien, Gewerkschaften, Parteien das Recht, dass sie selber Tendenzschutz haben in Bezug auf ihre leitenden Angestellten, die eben ganz nah an der Verkündung sind.

*Sara: Und was ist z.B. mit Chefärzten?*

Matthäus-Maier: Meiner Ansicht nach gehören Ärzte nicht dazu. Die sollen Menschen gesund machen. Die haben einen hypokratischen Eid geleistet, die haben aber keine Glaubensinhalte zu verkünden. Das gilt auch für Krankenschwestern, Putzfrauen, IT-Mitarbeiter, Gärtner und viele Gruppen mehr. Hier dürfte kein Tendenzschutz gelten.

*Hanna: Gab es bisher überhaupt Initiativen im Bundestag, um die Stellung der Kirchen zu verändern?*

Matthäus-Maier: Im Bundestag hat es leider nur eine einzige Initiative von der Partei „Die Linke“ gegeben, die einen entsprechenden Antrag gegen den Tendenzschutz gestellt hat. Der Antrag hat, wie man sich denken kann, leider keine Mehrheit gefunden. Ich bin kein Freund der Linken, aber dieser Antrag war in Ordnung.

Ich habe an die SPD-Bundestagsfraktion geschrieben, weil ich wusste, dass es den Antrag der Linken gibt. Die SPD hat allerdings dagegen gestimmt. Was man jedoch wissen muss, meine Partei war immer auf der Seite der Schwachen und der Unterdrückten. Und hier ist sie nicht auf der Seite der Schwachen, hier ist sie auf der Seite der Großkirchen. Ich halte das für skandalös.

*Sara: Wie erklärst Du Dir dieses Abstimmungsverhalten?*

Matthäus-Maier: Es kommt noch etwas hinzu: 1989 war die Position auf den Parteitagen eine komplett andere. Im darauf folgenden Programm stand es aber dann nicht mehr drin. Die Frage ist, warum? Insbesondere die Partei- und Fraktionsspitze legt auf die Meinung der Kirchen viel Wert und ich glaube auch, dass sie die Furcht hat, dass ihnen die …

*Sara: Wählerschaft?*

Matthäus-Maier: Nein. Aber gut, dass Du das sagst. Vor der Wählerschaft hat sie keine Furcht, im Gegenteil. Sondern, dass die Kirchen ihnen einen Eingriff in ihre Privilegien übelnehmen könnten.

*Hanna: Wie argumentieren die Kirchen?*

Sie berufen sich auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht nach Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung. Dort steht aber nur, dass Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten selbständig „ordnen“ und „verwalten“. Und das auch nur „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“.

*Sara: Immer mehr Einrichtungen in den Kommunen, die einen kirchlichen Träger haben, werden durch Zuschüsse teilweise komplett finanziert. Es ist nicht unüblich, dass Einrichtungen komplett herunter gewirtschaftet werden und am Ende die Kommunen dafür aufkommen müssen. Wie schätzt Du dies ein?*

Matthäus-Maier: Die Kirchen betreiben eine Menge sozialer Einrichtungen. Das erweckt den Eindruck, dass diese auch die Kosten tragen. Was aber nicht stimmt. Nur bei den Kindergarten ist das anders, da zahlen die Kirchen 7-12%. Das geht aber auch dramatisch runter, weil die Politik ihnen entgegenkommt.

*Sara: Was empfiehlst Du unserer Partei? Schließlich haben wir in einem Grundsatzprogramm von 1989 folgendes stehen: „Allgemein geltende Arbeitnehmerrechte müssen auch in Einrichtungen der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gewährleistet sein.*

Matthäus-Maier: Aktuell gibt es einen kleinen Fortschritt unter der Initiative der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Das reicht aber nicht. Ich empfehle meiner Partei, §118, Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes muss gestrichen werden, damit die Ausnahme von Kirchen als Arbeitgeberinnen beendet wird. Es kann nicht sein, dass dieser ganze soziale Bereich den Kirchen überlassen wird. Ich empfehle ihnen dies zu ändern.

Vielen Dank für dieses Gespräch!

http://www.jusos-rsk.de/kirchenkritik

Das Interview führten
**Sara Zorlu (28) und Hanna Meyer (25)**

Jusos
im Rhein-Sieg-Kreis

**IMPRESSUM**
Jusos Rhein-Sieg
Frankfurter Straße 47
53840 Troisdorf

**V.i.S.d.P.:**
Sara Zorlu
**Redaktionsleitung:**
Mario Dahm
**Gestaltung:**
Alexander Jüdes

Auflage: 1.000
Stand Juli 2013

Kommentare und Anmerkungen an rsb@jusos-rsk.de

facebook Wir sind auch auf Facebook.